

Michael Sturm

Stabilität und Geschäft

Deutsche Außenwirtschaftspolitik in Osteuropa nach 1990

G+B Verlag Fakultas

Inhalt

Schaubilder und Tabellen	ix
Häufig verwendete Abkürzungen	xi
Über die Reihe	xiii
Vorbemerkungen	xv
1. Ostpolitik im neuen Licht	1
1.1. Deutsche Außenwirtschaftspolitik als Entscheidungsmodell	3
2. Theorien internationaler Politik	9
2.1. Neo-Realismus: Autonome Staaten im Konflikt und Wettstreit	12
2.2. Neo-Institutionalismus: Interdependente Staaten in Kooperation	16
2.3. Liberale Internationale Politische Ökonomie (IPÖ): Politik und Wirtschaft in der Globalisierung	20
3. Alte Rahmenbedingungen und neue Möglichkeiten	27
3.1. Die Osthandelspolitik des Kalten Krieges	27
3.2. Hypothesen für die „neue“ Ostwirtschaftspolitik	41
4. Die Ausgangssituation 1991: Demokratisches Osteuropa im wirtschaftlichen Umbruch	49
4.1. Die Visegrád-Staaten: Reformvorreiter im Osten	51
4.2. Die Sowjetunion: Alter Kahn mit Schlagseite	56
5. Interessen und politische Forderungen	59
5.1. Politische Interessengruppen: Parteien mit Doppelfunktion	60
5.2. Wirtschaftliche Akteure: Ost-Ausschuß, BDI, DIHT, OMV, DGB, DBV	64
5.3. Bilanz	74
6. Entscheidungen auf nationaler Ebene	77
6.1. Institutionelle und instrumentelle Merkmale der neuen Ostwirtschaftspolitik	78

6.1.1. Zwischenstaatliche Verträge und Abkommen: Basis einer neuen Ära	81
6.1.2. Wirtschaftliche Beratung: Bonner Ministerien rücken zusammen	88
6.1.3. Außenwirtschaftsförderung <i>Handel: Teurer Hermes wird reformiert</i>	97 98
<i>Investitionen: Ausgedehnte Garantien und Programme</i>	103
6.2. Die Politik gegenüber den Visegrád-Staaten: Auf dem Weg zur Normalität	107
6.2.1. Allgemeine Finanzhilfen und die „Transform“-Beratungsprogramme	108
6.2.2. Förderung des Ostgeschäfts	111
6.3. Die Politik gegenüber der Sowjetunion und Rußland: Schadensbegrenzung auf lange Sicht	115
6.3.1. Materielle Zuwendungen und das „Transform“-Beratungsprogramm	116
6.3.2. Förderung des Rußlandgeschäfts	118
6.4. Bilanz	125
7. Entscheidungen auf internationaler Ebene	129
7.1. Deutschland in der Europäischen Union (EU): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Ostpolitik	129
7.1.1. Interessen und Instrumente gegenüber den V 4-Ländern <i>Die Assoziierungsabkommen: Marktöffnung und Osterweiterung</i>	132 133
<i>Die Wende in Kopenhagen</i>	136
<i>Neue Impulse durch deutschen EU-Vorsitz</i>	138
<i>Vorläufiger Schlußpunkt mit Vorbehalten</i>	141
7.1.2. Sonderfall Rußland	145
7.2. Deutsche Aktionsfelder im globalen Rahmen	149
7.2.1. Positionen und Beschlüsse im Kreis der G 7: Moskau und die internationale Lastenteilung	150
<i>Der Durchbruch in Tokio</i>	155
7.2.2. Die Rolle internationaler Wirtschaftsorganisationen	160
<i>IWF und Weltbank</i>	160
<i>Osteuropabank</i>	161
<i>OECD</i>	163

<i>Exportkontrollregime und UN-Wirtschaftskommission ECE</i>	164
7.3. Bilanz	165
8. Wirtschaftsbeziehungen mit Mittel- und Osteuropa	173
8.1. Das Ostgeschäft zwischen 1991 und 1995	175
8.1.1. Handel im Boom	175
<i>Agrarwirtschaft und passive Lohnveredelung</i>	179
<i>Kernproblem Rußland</i>	182
8.1.2. Investitionen:	
Dynamik durch Bundesgarantien und Reformerfolge	189
8.2. Bilanz	195
9. Das Profil deutscher Ostwirtschaftspolitik nach 1990: Stabilität und Geschäft	199
10. Literaturverzeichnis	213
11. Statistischer Anhang - Tabellen	229
Personen- und Sachregister	241

Schaubilder und Tabellen

Schaubild 1: Das vereinfachte außenwirtschaftspolitische Entscheidungssystem in Deutschland gegenüber Osteuropa	7
Schaubild 2: Einflußfaktoren auf internationale Beziehungen	25
Schaubild 3: Triade der Interaktionsebenen	26
Schaubild 4: Grundannahmen der drei Theorie-Ansätze	47
Schaubilder 5 und 6: Direkte organisatorische Zuständigkeiten im BMWi und Auswärtigen Amt 1995	80 f.
Schaubild 7: Bilaterale Verträge mit ausgewählten Reformstaaten	87
Schaubild 8: Investitionsförderungs- und -schutzverträge mit ausgewählten Reformstaaten	88
Schaubild 9: Organisatorischer Aufbau des Beratungskonzepts seit 1993	92
Schaubild 10: Fachliche und inhaltliche Organisation der Beratungshilfe	94
Tabelle 11: Ministerielle Transform-Projektverteilung 1995	95
Tabelle 12: Mittelverteilung für Osteuropa-Beratung 1995	96
Schaubild 13: Verteilung der Beratungsmittel 1995 nach Ländern	97
Schaubild 14: Die Hermes-Risikokategorien für Osteuropa	102
Schaubild 15: Zusagevolumen des KfW-Mittelstandsprogramms Ausland nach Ländergruppen	106
Schaubild 16: Schwerpunkte der Investitionsförderpolitik des Bundes gegenüber Osteuropa	128

Schaubild 17:	128
Deutschlands ostwirtschaftspolitisches Grundsatzkonzept auf nationaler Ebene	
Tabelle 18:	140
Die finanziellen EU-Regelungen mit Osteuropa und den Mittelmeerländern	
Tabelle 19:	167
Finanzielle G 7-Unterstützung gegenüber Rußland (1990-1994)	
Tabelle 20:	167
G 24-Gesamtleistung (1990-1994)	
Schaubild 21:	169
EU-Abkommen mit ausgewählten Staaten Osteuropas	
Schaubild 22:	171
Deutschlands ostwirtschaftspolitisches Grundsatzkonzept auf internationaler Ebene	
Schaubild 23:	178
Deutscher Handelsbilanzsaldo mit Osteuropa (1991 - 1995)	
Tabelle 24:	191
Deutsche Nettodirektinvestitionen in ausgewählten MOE-Staaten	
Tabelle 25:	192
Die Länderbonitäten ausgewählter Reformstaaten seit 1990	
Tabelle 26:	195
Länderanteile am OECD-Außenhandel mit Osteuropa	
Tabelle 27:	196
Herkunftsländer ausländischer Direktinvestitionen in Ländern Mittel- und Osteuropas 1994	
Tabelle 28:	200
Deutsche Unterstützung für Mittel- und Osteuropa 1990 - 1995	
Tabelle 29:	204
Deutschlands Finanzflüsse nach Osteuropa 1994	
Schaubild 30:	206
Deutschland, internationale Akteure und deren Funktionen bei der Unterstützung des Transformationsprozesses	

Häufig verwendete Abkürzungen

BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BGA	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels
BIOst	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BMZ	Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BPA	Bundespresseamt
BT/Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
CDU	Christlich Demokratische Union
CFR	Tschechische Republik
CSFR	Tschechoslowakische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union
DBV	Deutscher Bauernverband
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development/Osteuropa-Bank
ECU	European Currency Unit
EU	Europäische Union
FDP	Freie Demokratische Partei
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
G 7	Gruppe der sieben führenden Industriestaaten
G 24	Gruppe der Industriestaaten
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development/Weltbank
IPÖ	Internationale Politische Ökonomie
IWF	Internationaler Währungsfonds
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MOE	Mittel- und Osteuropa
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
OMV	Ost- und Mitteleuropa Verein

PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SFR	Slowakische Republik
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
V 4	Visegrád-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn)
WTO	World Trade Organization

Über die Reihe

Die Reihe "Internationale Wirtschaftspolitik" ist interdisziplinär angelegt. Sie soll systematisch hervorragende und wichtige Studien aus Forschung und Praxis zu internationalen Wirtschaftsfragen vornehmlich aus dem deutschen Sprachraum aber auch in englischer Sprache aufnehmen.

Ihr methodisches Profil gewinnt die Reihe in der Berücksichtigung von relevanten Ansätzen aus den Fachgebieten Wirtschafts-, Rechts- und Politikwissenschaft. Die optimale Bündelung von multidisziplinärer Expertise und Forschung unter internationalem Aspekt ist das Ziel.

Wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Aspekten supranationaler Organisationen wie außenpolitischen, außenwirtschaftspolitischen wie außenwirtschaftsrechtlichen Aspekten nationaler Einheiten kommt dabei ebenfalls Gewicht zu.

Die Reihe ist nicht nur für die Wissenschaft von Bedeutung, sondern auch für die Praxis.

Vorbemerkungen

Die vorliegende Arbeit entstand im Rahmen des Forschungsprojekts „Die Politik des Westens bei der Integration der ostmitteleuropäischen Reformstaaten in die Weltwirtschaft. Konfliktpotentiale und Lösungsmöglichkeiten“, das im Herbst 1994 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Institut für Politikwissenschaft) in Halle/Saale begonnen wurde. Finanziert und gefördert wurde das Vorhaben von der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Zum erfolgreichen Abschluß meiner zwischen 1994 und 1996 erstellten Studie haben viele auf die eine oder andere Art beigetragen. Jedem von ihnen möchte ich dafür danken. Alle hier zu nennen, würde den Rahmen der einleitenden Bemerkungen wohl sprengen. Ich möchte mich deshalb auf wenige beschränken. Mein besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Reinhard Rode, der als Projektleiter durch erkenntnisreiche Vorschläge und Kommentare meine wissenschaftliche Arbeit fruchtbar bereichert hat. Auf sein Betreiben hin ist zudem dieses Projekt überhaupt erst möglich geworden, und er hat maßgeblich für dessen erfolgreiches Ende gesorgt. Weiterhin zu großem Dank verpflichtet bin ich Herrn Dr. habil. Jakob Schissler, der meine akademische Laufbahn lange Jahre begleitete und auch in diesen zwei Jahren wieder durch anregende und tiefgreifende Gespräche wirkungsvoll unterstützte.

Danken möchte ich ferner meinen beiden Team-Kollegen Clarissa Goricki und Heiko Prange. Ohne deren Mitarbeit in den regelmäßigen Projektgruppensitzungen und Forschungskolloquien wäre die wissenschaftliche Auseinandersetzung längst nicht so ergebnisreich gewesen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Zusammenarbeit mit Dr. Reinhard Wolf und Dr. Norbert Minhorst besonders hervorheben. Sie gaben wertvolle Hinweise, die zur Beseitigung mancher Unklarheit verhalfen. Herzlich bedanken möchte ich mich ebenso bei Stefan Drößler und Ives Cosette sowie bei Gabriele Dost. Außerhalb des universitären Kreises bin ich vornehmlich meiner Frau Blanca Olarieta für Kritik und Beistand zu großem Dank verpflichtet. Gleichermaßen gilt dies für meine Eltern für ihre langjährige Unterstützung in jeglicher Hinsicht.

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit einer sehr aktuellen Thematik sind in den Archiven und Bibliotheken oftmals die neuesten Daten und Informationen noch nicht verfügbar. Neben einer kontinuierlichen Auswertung der Tagespresse war ich deshalb vor allem auf die Zusammenarbeit mit Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft angewiesen. Nur durch ihr Entgegenkommen trotz eines bis oben gefüllten Terminkalenders und ihre teils erfreulich ausgeprägte Kooperationsbereitschaft war es möglich, aufschlußreiche Hintergrundgespräche zu führen und an nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Informationen gelangen zu können. Und nur auf diese Weise konnte die bis dahin ge-

wonnene Datensammlung in einigen wichtigen Punkten auf ihre kontextuelle Gültigkeit hin überprüft werden.

Insofern stützen sich die im Text gemachten Aussagen teils auch auf die in zahlreichen Institutionen geführten Interviews sowie die freundlicherweise zur Verfügung gestellten Informationsunterlagen. Wie bei den Anmerkungen stand auch an dieser Stelle die Frage an, die Gesprächspartner namentlich zu nennen oder nur ihre allgemeine Funktion zu beschreiben. Da es für eine wissenschaftliche Arbeit wie diese ohnehin mehr erforderlich ist, die funktionalen Zusammenhänge zu beobachten und außerdem in zahlreichen Fällen die Vertraulichkeit der Personen gewahrt werden mußte, die mich in meiner Forschungsarbeit unterstützt haben, ist deshalb der Entschluß gefallen, auf die Nennung der Namen zu verzichten. Dies schmälert natürlich keinesfalls meinen Dank gegenüber diesen Damen und Herren, dem damit Ausdruck verliehen werden soll, daß ich abschließend die entsprechenden Institutionen explizit aufzähle, die zum Erfolg der Arbeit im besonderen Maße beigetragen haben:

Bundesministerium für Wirtschaft,
Bundesministerium der Finanzen,
Auswärtiges Amt,
Deutscher Bundestag,
CDU/CSU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS,
Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft,
Ost- und Mitteleuropa Verein,
Bundesverband der Deutschen Industrie,
Deutscher Gewerkschaftsbund,
Deutscher Bauernverband,
Deutscher Industrie- und Handelstag,
Dresdner Bank.